

Den Pflegeberuf stärken

Bei einem Parlamentarischen Frühstück auf Einladung der Abgeordneten Emmi Zeulner (CDU/CSU) am 21. Mai diskutierten heute Politik und Praxis über die Stärkung des Pflegeberufs.

Pflegeberufe: Kompetenzen nutzen, Verantwortung stärken – unter diesem Motto hatten die Bundestagsabgeordnete **Emmi Zöllner (CDU/CSU)**, Mitglied des Ausschusses für Gesundheit des Bundestags, die katholischen Krankenhäuser und der Deutsche Bundesverband der Pflegeberufe (DBfK) zu einem Parlamentarischen Frühstück eingeladen.

Der Katholische Krankenhausverband und der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe DBfK brachten Expertinnen und Experten für die neuen Berufe „Advanced Practice Nurse“ (APN) und „Community Health Nurse“ (CHN) mit in den Bundestag, die die Potenziale ihrer Berufsbilder vorstellten. Gleichzeitig gaben der Katholische Krankenhausverband und der DBfK ihren Forderungen nach mehr Kompetenzen für die Pflege einmal mehr Nachdruck. Zu den Gästen gehörten einige neue Mitglieder der Gesundheitsausschusses im Bundestag.

Die Pflege ist unser Kernanliegen und unsere Kernkompetenz als katholische Krankenhäuser, betonte **Bernadette Rümmlin**. „Es liegt in unserer DNA“, so die Geschäftsführerin des Verbandes der katholischen Krankenhäuser. Ein Paket an Gesetzgebung zur Stärkung der Pflege muss jetzt auf den Weg gebracht werden, mahnte Rümmlin: „Wir stehen an einem Wendepunkt. Die Pflegegesetze sind der Schlüssel, um Pflege und klinische Versorgung neu zu denken. Durch eine Ausweitung und rechtliche Verankerung der Pflegekompetenzen im Krankenhaus gewinnen wir mehr Qualität, Sicherheit und Vertrauen. Hochqualifizierte Pflegekräfte wie Advanced Practice Nurses werden dann nicht länger ausgebremst und können ihr Potenzial gezielt einsetzen.“ Zudem muss ihre Rolle durch eine gesicherte Refinanzierung dauerhaft gefestigt werden.

„Die Herausforderungen in Gesundheitsversorgung und Pflege dulden keinen Aufschub“, mahnte **Dr. Bernadette Klapper**, Bundesgeschäftsführerin des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK): Die Pflege müsse zukunftsfest aufgestellt werden: mit der bundesweit einheitlichen Pflegefachassistenten, erweiterten Befugnissen für ausgebildete Pflegefachpersonen und mit neuen fortgeschrittenen Rollen wie die Advanced Practice Nurse. „Die Krankenhausreform muss mit einer Stärkung der Primärversorgung einhergehen. Wir brauchen mehr Prävention und gute Nachsorge. Community Health Nurses sollten die notwendigen Netzwerke dafür aufbauen.“

Pflegekompetenz als Brücken zwischen Versorgungssystemen

Merle Marie Borrello, Pflegeexpertin APN in Delir und Demenz am Kath. Marienkrankenhaus Hamburg, berichtete aus ihrem Klinikalltag und zeigte anschaulich, wie die APN Behandlungsqualität steigern: Sie erheben Bedarfe, tragen zur Prozessoptimierung bei, geben ihre Expertise als Multiplikatoren weiter und sorgen für verbesserte Prozesse im Kliniksetting. „Advanced Practice Nursing fördert den Transfer von Pflegewissenschaft in die (klinische) Praxis und in die direkte Versorgung der Patientinnen und Patienten, insbesondere bei höchst komplexen Versorgungssituationen“, so Borrello.

Jens Stüwe, Pflegefachmann für Intensiv- und Anästhesiepflege, studiert aktuell Community Health Nursing (M.Sc.): „Als Community Health Nurse bin ich überzeugt, nur gemeinsame Ziele, klarer Austausch und abgestimmte Rollen bauen die Brücken zwischen Versorgungssystemen und den Menschen in der Gemeinschaft.“ Stüwe berichtete aus seiner Tätigkeit als Community Health Nurse in einem „Primärversorgungszentrum“ im Berliner Stadtteil Neukölln. Er sieht sich als Bindeglied und Vermittler zwischen der professionellen und der informellen Pflege durch die Angehörigen. Jens Stüwe sieht sich als Garant guter Versorgung und Daseinsvorsorge vor Ort. Er erfasst die Bedarfe der Patienten in der Pflege durch die Angehörigen zuhause, unterstützt Betroffene und Angehörige beispielsweise an den Schnittstellen nach einem Klinikaufenthalt und teilt seine Expertise. Seine Patienten in Neukölln sind zumeist chronisch kranke Menschen.

Ziel der Etablierung von Community Health Nurses (CHN) ist der Aufbau lokaler Netzwerke mit ausgebildeten professionellen Fachpflegekräften, gute Verzahnung der informellen Pflege beispielsweise in der Familie und der professionellen Pflege.

APN eröffnen zudem ein hohes Einsparpotenzial in Bezug auf unnötige Krankenhauseinweisungen aus Pflegeeinrichtungen. Auch dort sind APN notwendig, um kompetent zu bewerten, welche Schritte notwendig werden.

Emmi Zöllner unterstrich: „Wir könnten 3,5 Mrd. € einsparen, wenn die Schnittstelle zur Versorgung nach einem Klinikaufenthalt über kompetente Fachpflegekräfte wie Jens Stüwe organisiert wäre. So gäbe es einen Ansprechpartner in Sachen Pflege, nicht auf jeder Station auf dem Behandlungspfad einen neuen Zuständigen. Wir brauchen keine Doppelstrukturen.“

Katrin Rüter

www.daskrankenhaus.de
(Online-Volltext-Version)

Forderungen der katholischen Krankenhäuser und des DBfK

Pflegekompetenzgesetz: Heilkundliche Tätigkeiten klar regeln

Pflegefachpersonen benötigen klare und rechtssichere Zuständigkeiten – unabhängig davon, ob sie im Krankenhaus, in der Langzeitpflege oder in der ambulanten Versorgung tätig sind. Nur, wenn ihre Kompetenzen verbindlich anerkannt sind, können sie ihr Fachwissen effektiv zum Wohl der Patienten und Patientinnen einsetzen.

Dazu muss das Pflegekompetenzgesetz zügig auf den Weg gebracht werden und darin insbesondere die eigenständige Ausübung heilkundlicher Tätigkeiten durch Pflegefachpersonen gesetzlich verankert werden.

Pflegeassistenzgesetz: Ausbildung bundeseinheitlich verankern

Eine klar geregelte bundeseinheitliche Pflegeassistentenausbildung ist zentral, um Pflegefachpersonen qualifiziert zu entlasten. Zudem sichert sie die Qualität der Versorgung und macht den Beruf attraktiver.

Mit dem Pflegeassistenzgesetz müssen verbindliche Kompetenzprofile festgelegt und der Zugang zu weiterführenden Qualifikationen sowie zum beruflichen Aufstieg ermöglicht werden.

Neue Pflegeberufe etablieren: Versorgung weiterdenken

Advanced Practice Nurses (APNs) arbeiten stationär oder ambulant hochspezialisiert und eigenverantwortlich. Dadurch verbessern sie die Versorgung messbar, etwa in der Onkologie oder im Medikamentenmanagement.

Community Health Nurses (CHNs) unterstützen Menschen mit chronischen Erkrankungen und Pflegebedarf in ihrem Wohnumfeld und stärken präventive, wohnortnahe Versorgung.

Damit die neuen Pflegeberufe ihr Potenzial voll entfalten können, müssen ihre erweiterten Kompetenzen im Gesetz verbindlich geregelt und ihr Einsatz nachhaltig refinanziert werden.

Qualifikationsmix stärken: Pflege zukunftssicher gestalten

Angesichts der wachsenden Herausforderungen im Pflegebereich ist ein durchdachter und ausgewogener Qualifikationsmix unverzichtbar. Nur so lassen sich eine hohe Versorgungsqualität und maximale Patientensicherheit dauerhaft gewährleisten.

Die Pflegegesetze müssen daher eine klar strukturierte Bildungssystematik sowie eindeutig definierte Rollen- und Aufgabenprofile für Pflegefachpersonen und Pflegeassistentenkräfte verbindlich abbilden.

Bürokratie abbauen: Mehr Zeit für Pflege schaffen

Pflege ist für Menschen da, nicht für Akten und Bürokratie. Dennoch verbringen Pflegekräfte heute bis zu drei Stunden täglich mit Dokumentation und Verwaltungsaufgaben.

Die Bundesregierung muss zügig ein umfassendes Gesetz zum Bürokratieabbau vorlegen, in dem die Pflege besonders berücksichtigt wird. Ein zentraler Hebel dabei ist die Personalplanung, die künftig allein auf der PPR 2.0 fußen sollte.

Unzureichende Betriebskostenfinanzierung: Schnelle Lösung erforderlich

Der Entschließungsantrag „Notruf aus den Kliniken – Rettung statt Schließung“ wurde am 21. Mai 2025 vom Niedersächsischen Landtag mit den Stimmen der Regierungsfractionen abgelehnt.

Die CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag hat in seiner 59. Sitzung vom 31. Januar einen Entschließungsantrag „Notruf aus den Kliniken – Rettung statt Schließung“ (Drucksache 19/6277) eingebracht. Mit einer Sonderzahlung sollten Kliniken finanziell unterstützt werden, solange die kostenreibende Inflationslücke der Jahre 2022 und 2023 nicht durch ein Bundesgesetz geschlossen wird.

Entscheidend sei jetzt, sich aus Niedersachsen heraus parteiübergreifend für eine tragfähige Lösung auf Bundesebe-

ne einzusetzen, so die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) hin.

„Wir setzen große Hoffnungen darauf, dass die neue Bundesregierung zeitnah konkrete Vorschläge zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Krankenhäuser vorlegt. Das im Koalitionsvertrag angekündigte Schließen der Inflationslücke aus den Jahren 2022 und 2023 ist ein wichtiges Signal an die Kliniken und ihre Träger. Niedersachsens Landesregierung und auch die niedersächsische CDU sollten sich im Interesse der Krankenhäuser jeweils dafür einsetzen, dass den Ankündigungen aus Berlin nun zügig Taten folgen“, erklärt **Rainer Rempe**, Vorsitzender der NKG. ■